

## **Loderbacher Eltern kämpfen um ihren Kindergarten – Photovoltaik an der A3 eindeutig abgelehnt – Wohnen, Handel, Gewerbe in Richtheim-Straßfeld**

Sehr anerkennend äußerte sich Bürgermeister Helmut Himmler am Ende der außerordentlichen Bürgerversammlung im voll besetzten Gasthaus Warda in Loderbach im Nachgang der intensiven und in gegenseitigem Respekt geführten Diskussionen, welche bis nach 23 Uhr andauerten.

Franz Kraus von der Abteilung Gartenkultur, Landespflege und Umweltbildung am Landratsamt Neumarkt informierte über den demnächst anlaufenden Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft!“ Nach ausführlicher Aussprache zur Thematik meinte die deutliche Mehrheit der Loderbacher Bürgerinnen und Bürger, dass nach der Bürgerbeteiligung im Rahmen der inzwischen abgeschlossenen Dorferneuerung ein weiterer Dorfentwicklungsprozess nicht gebraucht werde. Auch der von der Gemeinde angestoßene „Vitalisierungsprozess“ sei vor dem Hintergrund eines wahrlich reichhaltigen Dorflebens entbehrlich. Der Gemeinderat hatte die Teilnahme von Loderbach am Wettbewerb befürwortet, allerdings mit der Maßgabe, dass dies in Loderbach auch gewünscht werde bzw. die erforderliche Unterstützung erfahre.

Lange und rege wurde auch die geplante Photovoltaikanlage mit einer Fläche von rund 30 000 Quadratmeter an der A3 bei Richtheim-Kadenzhofen diskutiert. Bereits vor gut vier Jahren wurde die Etablierung solcher Anlagen in der Bevölkerung und auch vom Gemeinderat einmütig abgelehnt.

Vereinzelte Stimmer wiesen zwar auf den nötigen weiteren Ausbau der regenerativen Energien auch in der Gemeinde Berg hin, das Abstimmungsergebnis war aber überwältigend für Landschaftsschutz und demzufolge gegen Photovoltaikanlagen an der Autobahn.. Es wird nämlich befürchtet, dass es nicht bei 30 000 Quadratmeter bleiben werde. Im November 2014 lag dem Gemeinderat eine Anfrage für PV-Anlagen an der A3 zwischen Loderbach und Berg mit einer riesigen Fläche von rund 300 000 Quadratmeter vor.

Bürgermeister Helmut Himmler betonte, dass das Meinungsbild aus der Bürgerschaft für den Gemeinderat nicht bindend sei. Er als Bürgermeister respektiere selbstverständlich die klare Ablehnung des Projektes und werde die erforderliche Bauleitplanung zur Herstellung von Baurecht nicht unterstützen.

Eine Besonderheit der Veranstaltung war die Teilnahme zahlreicher Frauen an der Bürgerversammlung. Das hatte einen konkreten Hintergrund, denn die Mütter plädierten heftig und vielstimmig für die Fortführung der eingerichteten Übergangsgruppe im Gymnastiksaal des Kindergartens im Gemeinschaftshaus bis zum Juli 2021. Somit könnten alle betroffenen Kinder ihre gesamte Kindergartenzeit in Loderbach absolvieren.

Die Gemeinde Berg plant aktuell den Ausbau der Einrichtung zu einem Kinderhaus mit Kindergarten und zwei Kinderkrippen-Gruppen mit flexibler Nutzung.

Bereits am Tag nach der Bürgerversammlung haben sich Kirchenpfleger Olaf Kohlbrecher und Helmut Himmler zusammengesetzt und auch mit dem Landratsamt hat der Bürgermeister die mögliche Verlängerung der Betriebsgenehmigung besprochen.

Himmler und Kohlbrecher wollen die Übergangsgruppe bis zum Ende des Kindergartenjahres 2020/2021 und damit auch während des Erweiterungsbaus weiterführen. Anschließend können die Kinder im dann fertigen erweiterten Kindergarten im Gemeinschaftshaus betreut werden.

Zuletzt informierte Himmler über den Planungsstand des großen Entwicklungsgebietes „Wohnen, Handel, Gewerbe“ in Richtheim-Straßfeld. In der nächsten Gemeinderatssitzung sollen die überarbeiteten Planungen vorgestellt werden und im Sommer könne Baurecht entstehen. Erst dann werden die Parzellen im Rahmen der „Berger Familienmodells“ zum Kauf angeboten. Die Gemeinde habe sich inzwischen den Ankauf aller Grundstücke gesichert. Der Bürgermeister betonte die Wichtigkeit dieses großen Gebietes in bester Lage zwischen der Staatsstraße 2240 und dem Ludwigskanal für die Weiterentwicklung der Gemeinde Berg.

Man habe es mit einer immensen Nachfrage nach Bau- und Gewerbeflächen zu tun und derzeit könne die Kommune nichts anbieten. Ziel der Gemeinde ist es, jungen Familien bezahlbares Bauland zur Hälfte des Marktpreises anzubieten.

Im neuen Wohngebiet wird es auch Geschosswohnungsbau mit den dringend erforderlichen kleinen Wohnungen geben und darüber hinaus sollen zwei Verbrauchermärkte direkt an der Staatsstraße angesiedelt werden.

Anspruch der Gemeinde sei auch, ein ökologisch sehr wertvolles Baugebiet zu schaffen mit intensiver Durchgrünung, Regenrückhalteeinrichtungen mit Aufenthaltsqualität etc. Im Bebauungsplan sollen auch Regelungen aufgenommen werden, wonach öde Steingärten untersagt werden.

